

Rezension: Hubertus Buchstein; Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum

Bergsdorf, Harald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bergsdorf, H. (2011). Rezension: Hubertus Buchstein; Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. [Rezension des Buches *Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, hrsg. von H. Buchstein, & G. Heinrich]. *Totalitarismus und Demokratie*, 8(2), 330-332. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-340025>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

einfache Vermutung. Zu wenig wurde in den abschließenden Kapiteln über die Entstehung der politischen Opposition, über die Einschränkung der politischen Freiheiten ab 1958 sowie über die katastrophale Wirtschaftspolitik geschrieben. Um eine klare Verbindung zwischen den Jahren 1956 und 1970 herzustellen bzw. zu belegen, hätte man vielleicht eine vollständige Darstellung der letzten Etappe der Ära Gomułka in die Arbeit integrieren sollen.

Trotz aller Kritikpunkte gehört die Arbeit von Doliesen ohne Zweifel zu den wichtigsten Werken über Polen, die in den letzten Jahren erschienen sind. Das kleine komparatistische Kapitel, mit dem das Buch endet, ist zwar quantitativ gesehen nicht so umfangreich, wie man es sich wünschte. Trotzdem werden dort genau jene Probleme erörtert, die man in einer komparatistischen Studie in Bezug auf Volkspolen und die SBZ/DDR erwartet. Es werden nicht nur die Parteiensysteme und die Konsolidierungsschritte beider Staatsparteien verglichen, sondern auch die Parteispitze, die Oppositionsführer, ihre Verfolgung, beide Volksaufstände (1953 und 1956) sowie die Herrschaftsmechanismen mit besonderer Berücksichtigung der Staatssicherheit beider Staaten. Der Autor hat nicht nur eine sehr interessante Arbeit über Polen verfasst, sondern er gibt auch viele neue Impulse dafür, die vergleichende Forschung über die DDR und die Volksrepublik Polen weiter zu betreiben. Die Frage, ob man beide Staaten vergleichen kann, beantwortet Doliesen durch sein Buch eindeutig positiv.

Tytus Jaskułowski, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.



Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts. 2010 (Wochenschau-Verlag), 537 S.

Rechtsextremismus beunruhigt und erschüttert immer wieder die Bundesrepublik. Inzwischen gibt es nur noch drei Bundesländer, in denen es seit 1946 bzw. 1990 nie eine rechtsextreme Landtagsfraktion gab (Thüringen, Saarland und NRW). Offenbar existiert keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne Rechtsextremismus – mehr oder minder ausgeprägt. Die Demokratie ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer. Sie scheint fragil – zumindest latent. Gerade der starke Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Menschen. Eine „besenreine“ Demokratie bleibt Utopie. Der Soziologe Erwin Scheuch nannte Rechtsextremismus frühzeitig eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“. Das gilt weiter.

Der Sammelband von Hubertus Buchstein und Gudrun Heinrich konzentriert sich auf den Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Scherpunktmäßig analysiert das Buch rechtsextreme Strategien und Gegenstrategien von Demokraten in ländlichen Regionen. Dadurch gewährt es exemplarische Einblicke in die Interaktion von Rechtsextremisten und Demokraten in der ostdeutschen Provinz (Anklam, Lübbtheen, Ueckermünde). Die Fallstudien untersuchen sowohl politische und soziale Strukturen in den jeweiligen Regionen als auch Potentiale und Aktivitäten von Rechtsextremisten und ihrer demokratischen Widersacher. Zusätzlich liefern die Autoren Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremisten aus anderen Orten in Deutschland. So zum Beispiel aus Wunsiedel, wo sich die Stadt unter einem Bürgermeister aus der CSU mit vielen Bürgern engagiert und oft erfolgreich gegen rechtsextreme Tendenzen wehrt. Insofern verharret der Band nicht bei der Analyse, sondern liefert auch viele praktische Anregungen für demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus.

Über weite Strecken bestätigt der Band bekannte Befunde. So fällt es Rechtsextremisten oft besonders schwer, vor Ort erfolgreich zu sein, wenn sie dort wenig verankert sind oder gar als zugereiste Außenseiter gelten und obendrein gewaltbereit auftreten. Handelt es sich hingegen um „home grown“-Rechtsextremismus, der sich in strukturschwachen Gebieten mit Unterstützung örtlicher Biedermänner stark um soziale Probleme vor Ort kümmert und fehlende Regionalzeitungen durch rechtsextreme Postillen („Anklamer Bote“) ersetzt, kann dieser leichter politische Erfolge erringen. Besonders bedeutsam ist das Verhalten der Demokraten vor Ort, die weder politisches noch soziales Brachland entstehen lassen dürfen – so schwer das oft ist, wenn die Zahl der aktiven Demokraten vor Ort gering ist bzw. schrumpft. Doch Rechtsextremisten dürfen vor Ort weder eine Meinungsführerschaft oder Deutungshoheit erringen können, noch dürfen sie auch nur Teile des öffentlichen Raumes besetzen.

So ist es sehr hilfreich, wenn sich die Autoritäten vor Ort klar gegen Rechtsextremismus positionieren, also der Bürgermeister, Kirchenvertreter, andere angesehene Persönlichkeiten und kommunale Spitzenvertreter der demokratischen Parteien CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Sie könnten auch einen Runden Tisch installieren, an dem die Demokraten mit Experten regelmäßig die Lage des Rechtsextremismus vor Ort analysieren und Gegenstrategien entwerfen. Wenn Rechtsextremisten lautstark demonstrieren, kann zum Beispiel der örtliche Pfarrer einen Gottesdienst ansetzen und die Glocken läuten lassen, um die Antidemokraten zu übertönen. Hilfreich sein kann es auch, wenn etwa Geschäftsleute (potentiellen) Gewaltopfern Zuflucht bieten, indem sie das Projekt „Noteingang“ initiieren oder wenn Demokraten flächendeckend vor Ort rechtsextreme Aufkleber abkratzen – gerade auch darüber könnten/sollten lokale und regionale Medien berichten.

Demokratisches Engagement konkret vor Ort kann sich aber auch darin zeigen, regelmäßiges Fußballtraining für Jugendliche anzubieten und durchzuführen oder gelegentlich öffentliche Anlagen von Müll zu befreien nach der Devise:

Zupacken statt Zuschauen. Das honorieren, wie kommunale Erfahrungen zeigen, oft viele, auch unpolitische Bürger, die sich auch durch solche Aktivitäten möglicherweise eher von Demokraten vertreten fühlen. Im Idealfall kümmern sich die Demokraten vor Ort um alle relevanten Probleme, bevor Rechtsextremisten in politische oder soziale Vakuen stoßen – also mehr agieren als reagieren. Insgesamt fügt der Band viele Mosaiksteinchen zusammen. Dadurch leistet er einen oft hilfreichen Beitrag zur Analyse des Rechtsextremismus. Ebenfalls liefert er viele gute Ideen zur demokratischen Gegenwehr.

Harald Bergsdorf Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.